



Niederschrift

41. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.05.2023
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	Sozial.DIE LINKE.Potsdam	
Herr Leon Troche	SPD	anwesend ab 16:35 Uhr; abwesend ab 17:45 Uhr
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	
Frau Madeleine Floiger	Freie Demokraten	anwesend ab 17:00 Uhr
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	abwesend ab 19:00 Uhr
Herr Robert Müller	anerkannte freie Träger	

beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	anwesend ab 17:00 Uhr

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereichsleitung 2	abwesend ab 19:23 Uhr
---------------------	----------------------------	-----------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt

Fach-/Bereichsleitende

Frau Annegret Lauffer		entschuldigt
Herr Robert Pfeiffer	Fachbereichsleitung 23	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
16.03.2023
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2023
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 5 Informationen des Jugendamtes
- 5.1 Richtlinie Kindertagespflege
- 5.2 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen
Bedarfen“
- 5.3 1 km² Bildung
- 5.4 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 „Queerfeindliche
Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten“
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die
Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege,

für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der
Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023
Vorlage: 23/SVV/0480
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Personalbedarfsanalyse
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der
Stadtverwaltung
Vorlage: 23/SVV/0298
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-
Gilly-Straße"
Vorlage: 23/SVV/0373
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 9.3 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)
Vorlage: 23/SVV/0381
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 9.4 „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen
Vorlage: 23/SVV/0391
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9.5 Prävention statt Repression – gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit
Vorlage: 23/SVV/0404
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 9.6 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt
Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023
Vorlage: 23/SVV/0412
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 10 Anträge
- 10.1 Erstellung der Vorschlagliste Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die
Amtsperiode 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028
Vorlage: 23/SVV/0474
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2023

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **12 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass die Tagesordnungspunkte 5.2 „Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“ und 5.4 „Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 „Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten“ seitens der Verwaltung zurückgestellt werden. Weiterhin werden die Tagesordnungspunkte 9.4 „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen, 23/SVV/0391“ und 9.6 „Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023, 23/SVV/0412“ vor Tagesordnungspunkt 5 „Informationen des Jugendamtes“ vorgezogen.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Anschließend bittet Herr Reimann um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 16.03.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

Für die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Ausschusses für Bildung und Sport am Dienstag, den 20.06.2023 werden folgende Themen zur gemeinsamen Behandlung vereinbart:

- Aktionsplan kinderfreundliche Kommune als übergeordnetes Thema
- Bericht Krampnitz - Umsetzungsstand
- Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit - Umsetzungsstand
- Stand Öffnung Schulhöfe und Turnhallen

Zur Vorbereitung auf die Sitzung werden sich Herr Ströber, Herr Reimann und Herr Bulgrin mit Mitgliedern des Ausschusses für Bildung und Sport zusammenfinden.

zu 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2023

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 27.04.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

zu 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet zum Workshop zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

am 06.05.2023. Der Jugendbeirat habe dort teilgenommen und sich eingebracht. Auf Nachfrage bestätigt er, dass man als Jugendbeirat insgesamt gut beteiligt worden sei (u.a. bei den Themen Beratung und Beteiligung in Ausschüssen).

Weiterhin bittet er darum Werbung für den Jugendbeirat zu machen (zum Beispiel in Jugendclubs oder Schulen), da voraussichtlich im kommenden Jahr viele derzeitige Mitglieder ihr Amt niederlegen werden und man neue Mitglieder benötige.

Frau Buhr ergänzt, dass man sich im Jugendbeirat darum Sorge, dass Freiflächen für Kinder und Jugendliche für Schulstandorte weichen müssten. Frau Dr. Müller kündigt einen Antrag für den kommenden Jugendhilfeausschuss zu diesem Thema seitens ihrer Fraktion an.

zu 5 Informationen des Jugendamtes

zu 5.1 Richtlinie Kindertagespflege

Der Tagesordnungspunkt wird mit dem Tagesordnungspunkt 9.6 „Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023, 23/SVV/0412“ behandelt.

zu 5.2 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung bis zum 4. Quartal 2023 zurückgestellt.

zu 5.3 1 km² Bildung

Frau Angela Fleischer, Pädagogische Werkstatt am Schlaatz, stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

zu 5.4 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 „Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten“

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung zurückgestellt.

PAUSE 17:48 – 18:00 Uhr

zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Herr Ströber gedenkt Herrn Georg Papadopoulos und lädt, nach Rücksprache mit der Familie, die Mitglieder ein, an der Beisetzung am 23.06.2023 beizuwohnen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Dienstag, den 16.05.2023.

Man habe zu Prüf- und Entscheidungskriterien in der Jugendförderung mit dem

Qualitätsmanagement gemeinsam mit der Unterarbeitsgemeinschaft der Arbeitsgemeinschaft Jugendförderung ein Verfahren entwickelt. Der Unterausschuss befürworte den Prozessvorschlag und die Verwaltung bringe den Beschlussvorschlag im September in den Jugendhilfeausschuss ein.

Zur Fortsetzung des Landesprogrammes zur Corona-Schulsozialarbeit informiert Herr Ströber, dass diese bis jetzt befristet landesfinanziert laufe. Die Förderrichtlinie zur Verstetigung liege aktuell zur Mitzeichnung dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vor. Die psychosoziale Lage der jungen Menschen sei nach wie vor brisant und es würden alle Schulsozialarbeitenden bezüglich Einzelberatungen überangefragt. Präventionsangebote durch die Schulsozialarbeitenden hätten sich bewährt, könnten daher jedoch momentan nur bedingt angeboten werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam habe zum § 75 SGB VIII „Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe“ eine Richtlinie erlassen, auf dessen Grundlage Träger diese Anerkennung betragen können. Der Jugendhilfeausschuss habe das Prüfverfahren 2008 beschlossen. Anträge würden zunächst seitens der Verwaltung geprüft und anschließend im Unterausschuss Jugendhilfeplanung besprochen. Eine entsprechende Beantragung sei seitens Montelino e.V. erfolgt. Unter anderem sei eine Kinderschutzvereinbarung erforderlich, diese liege vor. Gesetzes- und Richtlinienvorgaben würden erfüllt, der Träger sei mit seiner Arbeit im Jugendfördersegment gut bekannt. Die Anerkennung für Montelino e.V. sei demnach erfolgt.

Der Unterausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss in der Septembersitzung Kienbaum einzuladen, um die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen der Verwaltung zur Organisationsuntersuchung vorgestellt zu bekommen. Ebenso wünscht man einen aktuellen Stand zur laufenden Organisationsuntersuchung. Der Unterausschuss empfiehlt zum Jahresende eine Klausur zur Thematik „Ergebnisse Kienbaum und aktuelle Organisationsuntersuchung“.

Für die Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses wünsche man sich einen aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Gremienstruktur.

In der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Bildung und Sport könne das zentrale Thema „kinderfreundliche Kommune“ sein.

In der Septembersitzung des Unterausschusses werde man erneut das Thema „Fachkräftemangel“ in Bezug auf Handlungsempfehlungen und Kriterien zur Personalbemessung behandeln.

Man wolle im Jugendhilfeausschuss im aktuellen Jahr erneut die Arbeit der Jugendberufsagentur, jedoch kritischer, betrachten. Dazu sollen alle drei Träger, das heißt die Agentur für Arbeit, das Jobcenter sowie der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport, Aussagen treffen. In der Septembersitzung des Unterausschusses werden man demnach erneut das Thema „JBA-Vorstellung II im JHA“ behandeln.

Abschließend habe man besprochen, wie Arbeitsgemeinschaften Themen für die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses anmelden könnten. Dies sei über die Verwaltung und über den Ausschussvorsitzenden möglich. Ebenfalls könne man Themen über das Rederecht der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII einbringen.

AG Kita

Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht getagt.

AG HzE

Herr Küken merkt an, dass die gelegentliche Veränderung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte in der Ausschusssitzung aus seiner Sicht zu Verwirrung führe. Es sei wichtig, dass Entscheidungsträger der Verwaltung auch bei den Berichten der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII zugegen wären. Wenn diese Berichte erst zum Ende der Sitzung erfolgen, fühlen sich die Arbeitsgemeinschaften mit der Zeit nicht ernst- bzw. wahrgenommen.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes Personalbedarfsanalyse habe sich aus Sicht der Träger der Hilfen zur Erziehung die problematische personelle Situation im ASD bereits vor Covid 19 abgezeichnet und im Verlauf der Pandemie verdichtet.

Das Anliegen der Verwaltung mehr dual Studierende einzustellen, um den Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sei gut nachvollziehbar. Auch Hilfen zur Erziehungs-Träger kooperieren aus dem genannten Grunde mit Hochschulen. Allerdings würden zurzeit die entstehenden Kosten nicht refinanziert. Hier sei es wichtig, gute und flexible Finanzierungsmodelle zu vereinbaren.

Die Arbeitsgemeinschaft habe am 02.05.2023 getagt.

Zur weiteren Vernetzung und um im Bedarfsfall Kinder, Jugendliche und Familien schnell vermitteln zu können, seien folgende Angebote vorgestellt worden:

- Gesundheitsamt und dessen Arbeitsfelder durch Frau Magnussen als Psychiatriekoordinatorin der Landeshauptstadt
- NOW! Lotsen- und Beratungsstelle für psychische Gesundheit in Potsdam durch Herrn Seidemann - frühes, niedrighwelliges Netzwerkangebot mit den Zielgruppen Familien, Kinder, Jugendliche, Bezugspersonen und Fachkräfte. Hierbei sind auch aufsuchende Angebote möglich. Beratung und Hilfestellungen zum Thema psychische Erkrankung und Familie.
- Chill out e.V. Fachstelle für seelische Gesundheit für Kinder- und Jugendliche durch Frau Tietz und Kollegen - Workshops zum Thema Medienkonsum, Stress allgemein, Stress in Prüfungssituationen und bei Bedarf Krisenintervention und Unterstützung, Methoden für die Schulsozialarbeit

Ein weiteres Thema sei der offene Brief zum Thema „mangelnde Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen“ an den Oberbürgermeister gewesen. Hier habe es einen Termin am 12.04.2023 mit Herrn Pfeiffer gegeben. Ein zweites geplantes Treffen Ende April habe leider nicht stattgefunden. Frau Peters wolle eine Rückmeldung von Frau Meyer einholen, welche noch ausstehe.

In der Arbeitsgemeinschaft sei weiterhin über Systemsprenger berichtet worden. Hier würden die Anfragen steigen. Es fänden große Fachrunden statt und trotz bundesweiter Suche werden teilweise nur schwer Plätze gefunden.

Im stationären Bereich sei eine Erhöhung der Tagessätze 2,55 Euro ab dem 01.06.2023 vereinbart worden. Es gebe aber grundsätzlichen Bedarf, die vorhandenen Kennzahlen anzupassen und zu verhandeln.

Im ambulanten Bereich haben die Träger die vorhandenen Verträge zum 30.06.2023 gekündigt, um mit der Verwaltung neue tariflich angepasste LQEV's zu vereinbaren. Diese würden bis zum 31.12.2023 gelten. Grundsätzlich habe die Verwaltung den Wunsch zum 01.01.2024 eine Rahmenvereinbarung mit den ambulanten HzE-Trägern zu erarbeiten und abzuschließen. Ein erster Termin der Träger dazu habe im Mai stattgefunden, ein weiterer sei für den 12.06.2023 geplant und am 06.07.2023 würden erste Gespräche mit Verwaltung und Jugendamt stattfinden.

AG JuFö

Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht getagt.

Frau Tietz bittet darum, folgende Themen in der Junisitzung des Jugendhilfeausschusses zu behandeln: Wie geht es mit der offenen Stelle der Jugendarbeit in Babelsberg weiter; aktueller Sachstand PLUS-Projekte.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet zum KiTAKOLLAPS-Aktionstag und gibt Informationen zur Beiratssitzung (Themen: Neuwahl, Vernetzung, AG Mitwirkung, Aktionstag). Weiterhin müsse man aus Sicht des Kita-Elternbeirates beim Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplan (IKSEP) bezüglich der Platzkapazitäten der Grundschulen (und Kitas) mit Puffer planen, da das Wunsch- und Wahlrecht der Familien (zum Beispiel zu konzeptioneller Ausrichtung) aktuell kaum realisierbar sei. Er fragt abschließend zur Thematik „Kindeswohlprinzip in kommunalen Haushaltsaufstellungsverfahren“ (23/SVV/0394), was die nächsten Schritte seien und ob es eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses im Verfahren gebe.

zu 8 Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023 Vorlage: 23/SVV/0480

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- Vorbehandlung -

Frau Meier bringt die Beschlussvorlage ein. Herr Henkelmann ergänzt, dass seit dem 01.01.2023 das Brandenburgpaket gelte. Mit Blick auf den grundsätzlichen Vorrang des Brandenburgischen Kitagesetzes gegenüber der zu beschließende Satzung finden entsprechende Regelungen des Brandenburgpaketes (Beitragsfreiheit bis 35 T€ Nettohaushaltseinkommen sowie Beitragsdeckelung bis 55 T€ Nettohaushaltseinkommen) auch in der Landeshauptstadt Potsdam Anwendung. Rechtlich sei der Verwaltung jedoch nahegelegt worden, dass man die Satzung ohne die neuen Regelungen zum Beschluss bringt, um auch ab 2025 bestehende Regelungen zu haben sowie um die Abrechenbarkeit der Einnahmeausfälle gegenüber dem Land Brandenburg nicht zu gefährden. Sobald die Kindertagesstätten voraussichtlich in 2024 in Krampnitz eröffnet würden, müsse man jedoch eine Anpassung vornehmen, um die Kosten der zusätzlichen Einrichtungen in den Berechnungen zu berücksichtigen. Man sei auch bestrebt spätestens nach dem ersten vollständigen Haushaltsjahr der kommunalen Einrichtungen Neuberechnungen durchzuführen, da man dann die Istkosten habe, auf deren Basis sodann eine Istkostenkalkulation durchgeführt werden kann. Momentan sei die Aufstellung nur mit prognostizierten Kosten möglich.

Frau Frenkler bittet zu Protokoll zu nehmen, dass die von der kommunalen Elternbeitragssatzung getrennt zu betrachtende stadtweite Vereinheitlichung der Kitaelternbeiträge grundsätzlich weiterverfolgt werden sollte.

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man unter dem Punkt 3 im Beschlussvorschlag „vorbehaltlich“ durch „unter Berücksichtigung“ ersetze.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig **angenommen**

Anschließend stellt er die geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die „Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023“ einschließlich der Anlagen tritt zum 01.08.2023 in Kraft.
2. Folgende Grundsätze finden Anwendung:
 - Elternbeitragssatzung inkl. Elternbeitragstabelle der Landeshauptstadt Potsdam auf Basis der sozialverträglichen Beitragssätze der freien Träger
 - Trägerbezogene Höchstbeiträge liegen jeweils unter den rechnerisch (Plan- und Ist-Kosten) ermittelten Höchstbeiträgen der kommunalen Standorte
 - Grundlage bildet jeweils der Träger, dessen Höchstwerte

am nächsten unter den ermittelten Ist-Höchstbeiträgen der kommunalen Standorte liegen

- Linearer Staffelungsverlauf der Beiträge
- Erste Einkommensstufe bei 20.000 € (Netto) pro Jahr
- Letzte Einkommensstufe bei 67.500 € (Netto) pro Jahr
- Festsetzung des Einstiegsbeitrags bei 20 € pro Monat
- Anwendung des Nettoeinkommensbegriffs (analog § 2a KitaG)
- Geschwisterkindregelung: Prozentuale Reduzierung um jeweils 20 Prozent ab 2 unterhaltsberechtigten Kindern je betreutem Kind
- Geschwisterkindregelung: Beitragsfreiheit ab dem 6. Kind
- Betreuungsstufen Kindertagespflege: 6 Stunden, 7 Stunden, 8 Stunden, 9 Stunden, 10 Stunden
- Betreuungsstufen kommunale Einrichtungen bzw. Potsdamer Kinder in Berlin: 6 Stunden, 7 Stunden, 8 Stunden, 9 Stunden, 10 Stunden, Hort: 4 Stunden, 5 Stunden, 6 Stunden
- Festsetzung des Essengeldes auf 39,83 € pro Monat

Der Oberbürgermeister wird ~~vorbehaltlich~~ **unter Berücksichtigung** weiterer landesgesetzlicher Regelungen beauftragt, erstmalig zum 01.01.2025 die Höchstbeiträge (Platzkosten inkl. Staffelung) sowie jährlich das Essengeld (erstmalig zum 01.01.2024) zu prüfen und ggfs. eine Anpassung der Beitragstabelle und des Essengeldes vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 9.1 Personalbedarfsanalyse

Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung

Vorlage: 23/SVV/0298

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleitung Personal und Organisation, bringt die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 2**).

In der anschließenden Diskussion wird darauf aufmerksam gemacht, dass man weiterhin einen hohen Stellenbedarf im Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport sehe. Vor allem der Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sei weiterhin unterbesetzt. Frau Dr. Kletzing ergänzt, dass man inzwischen verwaltungsintern neue Wege bezüglich der Stellenbesetzungen einschlage. Zum einen würde man geschäftsbereichsübergreifend Stellen ausleihen und zum anderen könne man mittlerweile krisenbedingt flexibel jenseits des Stellenplans Stellen für maximal 6 Monate besetzen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"

Vorlage: 23/SVV/0373

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Frau Meier und Herr Henkelmann bringen die Beschlussvorlage ein. Sie ergänzen, dass die Freizeitstätte perspektivisch in die Georg-Herrmann-Allee ziehe. Erste Abstimmungen dazu sind mit der ProPotsdam GmbH in der 22. KW geplant. In der Zeit bis zu deren Eröffnung wird seit 01.01.2023 eine Jugendfreizeitstätte im Bornstedter Feld durch Montelino betrieben.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass man für eine Beschlussfassung weitere detaillierte Informationen benötige, die nicht aus der Beschlussvorlage hervorgehen. Dem Fachbereich Stadtplanung, welcher hierzu aussagefähig wäre, war es jedoch nicht möglich der Ausschusssitzung beizuwohnen. Frau Tietz stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Druckvorlage. Herr Otto hält eine Gegenrede, da die Beschlussvorlage schon im Bauausschuss beschlossen worden sei. Frau Dr. Müller hält eine Fürrede zur Zurückstellung.

Herr Reimann stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

Die Beschlussvorlage wird bis zur Septembersitzung zurückgestellt.

zu 9.3 **Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)**

Vorlage: 23/SVV/0381

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Reimann bringt den Antrag ein. Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss auch nach der Kommunalwahl 2024 bis Oktober bestehe und Termine rechtzeitig gefunden werden müssen.

Er stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2024 (Januar – Mai 2024) als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 9.4 **„Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen**

Vorlage: 23/SVV/0391

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bartelt bringt den Antrag ein.

In der anschließenden Diskussion wird seitens der Verwaltung deutlich, dass man

das Verfahren grundsätzlich befürworte. Frau Christiane Gawlik, Bereichsleiterin Soziale Leistungen und Integration, verweist jedoch auch darauf, dass die ermittelten Kosten für Einführung (500.000 Euro) und monatliche Pflege der App (10.000 Euro) nicht im aktuellen Haushalt berücksichtigt wären und somit aktuell keine Einführung möglich wäre. Auch die Ausschussmitglieder befürworten den Antrag. Frau Parthum verweist darauf, dass das Kinder- und Jugendportal „Hast´n Plan“, eine Kooperation der Landeshauptstadt Potsdam mit der Medienwerkstatt Potsdam, zum 01.07.2023 gelauncht werde und sie Möglichkeiten sehe, die geforderten Funktionen des Antrages mit dem Portal zu verknüpfen.

Man befürworte den Änderungsantrag des Ausschusses für Bildung und Sport, wolle diesen jedoch noch um einen Zwischenbericht Ende 2023 ergänzen.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig **angenommen**

Anschließend stellt er den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen App- **und kartenbasierten** „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einzuführen, der u.a. folgende Kriterien erfüllen soll:

- Entbürokratisierung durch Wegfall der ~~angebots-/leistungsbezogenen Einzelantragstellung~~ **Antragstellung**;
- Bündelung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung;
- Bündelung der Angebote aus Bildung, Kultur und Freizeit der Stadt Potsdam;
- einfach und intuitive Bedienung, sodass sie von Kindern und Jugendlichen eigenständig bedient und Angebote/ Leistungen gebucht werden können.

Über die ~~Umsetzungsfortschritte~~ **Umsetzungsplanung** ist den Stadtverordneten ~~beginnend mit den~~ **bis zum 4. Quartal 2024** zu berichten. **Ein Zwischenbericht erfolgt Ende 2023. Die Umsetzung ist zum Schuljahr 2025/2026 anzustreben und die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2025/2026 einzustellen.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 9.5 Prävention statt Repression – gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit
Vorlage: 23/SVV/0404
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beobachtet die Entwicklungen in Golm, die im Februar in einem queerfeindlichen Angriff auf Studierende gipfelte, mit Sorge und regt daher die schnellstmögliche Einberufung einer Runde **unter Federführung des Bündnisses Potsdam bekennt Farbe** aus Vertreter:innen des Ortsteils (inklusive Beteiligung von Sozialarbeiter:innen aus dem Jugendclub, sowie Lehrkräften und Ortsbeirat), Vertreter:innen der Universität Potsdam (inklusive Studierendenvertreter:innen, Studierendenwerk, Mitarbeiter:innen und Hochschulleitung), sowie Vertreter:innen der Stadt (inklusive Vertreter:innen der Verwaltung und des Jugendhilfeausschusses) an.

Ziel soll die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten zur Vermeidung weiterer Übergriffe sein. Hierfür ist die kontinuierliche Aufklärung über und die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und weiteren Diskriminierungsformen ebenso notwendig, wie die Stärkung der Zivilgesellschaft. Der Oberbürgermeister wird dazu aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende des 2. Quartals auf Grundlage des Austausches ein Maßnahmenpaket mit kurz- und mittelfristig realisierbaren Strategien und Projekten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

**zu 9.6 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023
Vorlage: 23/SVV/0412**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Der Tagesordnungspunkt wird mit dem Tagesordnungspunkt 5.1 „Richtlinie Kindertagespflege“ behandelt.

Herr Henkelmann bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) inklusive Anlage 1 tritt zum 01.01.2023 in Kraft. Die Richtlinie vom 01.01.2021 tritt mit Inkrafttreten der o. g. Richtlinie außer Kraft.
2. Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird beauftragt, die Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen regelmäßig unter Beachtung der bundes- und landesweiten Entwicklungen zu überprüfen. Bei der

fortlaufenden Weiterentwicklung der Ausgestaltung der Kindertagespflege in der LHP sind insbesondere die geplanten Gesetzesänderungen für die Kindertagespflege auf Landesebene zu berücksichtigen.

3. Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird beauftragt, modellhaft weiterführend mit den freien Trägern zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Qualität zu kooperieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 10 Anträge

zu 10.1 Erstellung der Vorschlagliste Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028
Vorlage: 23/SVV/0474

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Henkelmann bringt die Beschlussvorlage ein. Geprüft und gefiltert werde nach Kriterien wie deutsche Staatsbürgerschaft, Alter muss zwischen 25 bis 69 Jahre liegen, Wohnort muss Potsdam sein, gesundheitliche Eignung muss vorliegen, etc.

In der anschließenden Diskussion wird darauf verwiesen, dass der Jugendhilfeausschuss für die Zukunft eigene Kriterien aufstellen sollte, um als Ausschuss abstimmen zu können.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Vorschlagliste Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028 und dessen Übermittlung an das Amtsgericht Potsdam.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 11 Sonstiges

Herr Ströber berichtet, dass der offene Brief an den Oberbürgermeister bezüglich des Beschlusses der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Mitzeichnung des Positionspapieres kinderfreundliche Kommune 23/SVV/0394 als Tischvorlage für die Mitglieder zur Information ausliege.



Ein Quadratkilometer Bildung - Programmvorstellung



Ein
Quadratkilometer
Bildung
Potsdam

DIE VISION - GUTE BILDUNG IST ÜBERALL MÖGLICH



Ein Quadratkilometer Bildung steht für gute Bildung unabhängig von Wohnort und Herkunft.



Ein
Quadratkilometer
Bildung
Potsdam



Was ist Ein Quadratkilometer Bildung?



- ❖ Gute Bildung ist überall möglich. Ein Quadratkilometer Bildung baut Bildungsnetzwerke in von Armut betroffenen Stadtvierteln oder Gemeinden auf und fördert so lokale Verantwortungsgemeinschaften für gute Bildung.
- ❖ Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf gerechte Bildungschancen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.
- ❖ Zusammen mit den Bildungsinstitutionen im Netzwerk entstehen lebendige Bildungs- und Erziehungspartnerschaften, die besonders Übergänge im Bildungssystem im Blick haben.
- ❖ Ein Quadratkilometer Bildung gestaltet Bildung entlang der kompletten Bildungskette vom Eintritt in die Kita bis zum Schulabschluss.



DIE PHASEN VON EIN QUADRATKILOMETER BILDUNG



- Aktivierung und Commitment (Verpflichtung)
- Aufbau eines Netzwerkes
- Synchronisierung und Selbstorganisation
- Verankerung, Verstetigung, Transfer



DIE PÄDAGOGISCHE WERKSTATT ...



Ein
Quadratkilometer
Bildung
Potsdam

... ist ein Ort des Austauschs und Dialogs mitten im Quartier. Sie ist ein täglich geöffneter Werkstatt- und Entwicklungsraum für alle Bildungsakteur:innen.

Hier kommen pädagogische Fachkräfte, Eltern, Kinder und Jugendliche, Vertreter:innen von Verwaltungen und Trägern außerschulischer Angebote zusammen, um gemeinsam passende Praxislösungen zu entwickeln.



DIE PRAXISBEGLEITER:INNEN



Ein
Quadratkilometer
Bildung
Potsdam

- Sie initiieren, moderieren und begleiten das entstehende Netzwerk und leiten die Pädagogische Werkstatt.
- Sie erfragen systematisch Bedarfe und bringen Schlüsselpersonen aus den verschiedenen Einrichtungen miteinander ins Gespräch.
- Sie unterstützen soziale Veränderung im Sozialraum.



FINANZIERUNG



Jährliches Entwicklungsbudget – Stiftung km²-Bildung

15.000,00 € - nutzbar, um Veränderungsprozesse anzustoßen: Es kann flexibel für neue Praxisansätze, experimentelle Lösungen, gemeinsame Fortbildungen, Prozessbegleitung und Materialentwicklung eingesetzt werden.

Raummiete – Spende der ProPotsdam GmbH

6.250.00 €

Personalkosten und Sachkosten – Landeshauptstadt Potsdam

75.150,00 €



Die thematischen Schwerpunkte von km2 Bildung

Anlage 1



AKTUELLE SITUATION VOR ORT



- Hohes Gewaltpotential bei Kindern wird von unterschiedlichen Einrichtungen beschrieben
- Sehr heterogene Bewohnerschaft im Stadtteil
- Hohe Armut, kritische Situationen, die damit einhergehen
- Umgestaltung Schlaatz 2030 – Bürgerbeteiligungsverfahren
- Auswirkungen der Bebauung des Wieselkiezes
- Kooperationen zwischen den Akteur:innen (Zeit, Ressourcen, Strukturen....)



ZIELSTELLUNGEN UND VORHABEN

- Eröffnungskonferenz) zu Ein Quadratkilometer Bildung
- Bedarfsermittlung und Auftragsklärung sind angelaufen und haben Prozesscharakter angenommen
- Problemlagen werden konkret beschrieben - Handlungsstrategien entwickelt
- Auftragsklärung mit den Partnern in Bezug auf aktuelle Probleme und Schief lagen, Erfassen von Erwartungen und Schwerpunkten
- Netzwerkpartner nutzen konkrete Angebote für Beratung, Fortbildung sowie Unterstützung
- (Gemeinsame) Öffentlichkeitsarbeit mit den Netzwerkpartnern findet statt und wird im Stadtteil wahrgenommen
- Beteiligungsformate für relevante Zielgruppen werden entwickelt (z.B. Pädagog*innen, Eltern, Zugewanderte je nach Bedarf)
- Aufbau einer "Kernarbeitsgruppe" (Schulen, Jugendamt Stadt Potsdam, ProPotsdam gGmbH ...)

Auf Wiedersehen – und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Anlage 1

Angela Fleischer

Pädagogische Werkstatt Am
Schlaatz
Schilfhof 20
14478 Potsdam
Mobil: +49 151 5922 7975
Telefon: 0331 97933780
E-Mail: a.fleischer@raa-
brandenburg.de

Ein
Quadratkilometer
Bildung
Potsdam



DIE RAA
IN IHRER
NÄHE ...



Personalbedarfsanalyse

Mitteilungsvorlage 23/SVV/0298

Methodische Erläuterungen



SVV-Beschluss „Personalbedarfsanalyse“

21/SVV/1099 vom 01.12.2021

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **in Vorbereitung auf den Haushalt 2023/2024 folgende Entscheidungsgrundlagen** zu schaffen:

- Es sollen die **bestehenden bzw. anstehenden Aufgaben der Verwaltung** aufgezeigt werden, die bei einer optimalen Stellenbesetzungsquote bis Ende 2024 **nicht bzw. nur unzureichend** erfüllt werden können.
- Die **Gründe** für die nicht leistbare Aufgabenerfüllung sollen benannt werden und unterschieden werden nach:
 - o **fehlenden Stellen,**
 - o fehlenden Stellenbesetzungen und
 - o anderen Gründen für die fehlenden Kapazitäten.
- Es sind **Maßnahmen** zu prüfen, wie die Aufgabenerfüllung bis Ende 2024 durch gesamtstädtische Umschichtungen in der Personalausstattung oder andere Lösungen für die **Schaffung notwendiger Kapazitäten** optimiert werden kann.

SVV-Beschluss „Personalbedarfsanalyse“

21/SVV/1099 vom 01.12.2021



Anlage 2

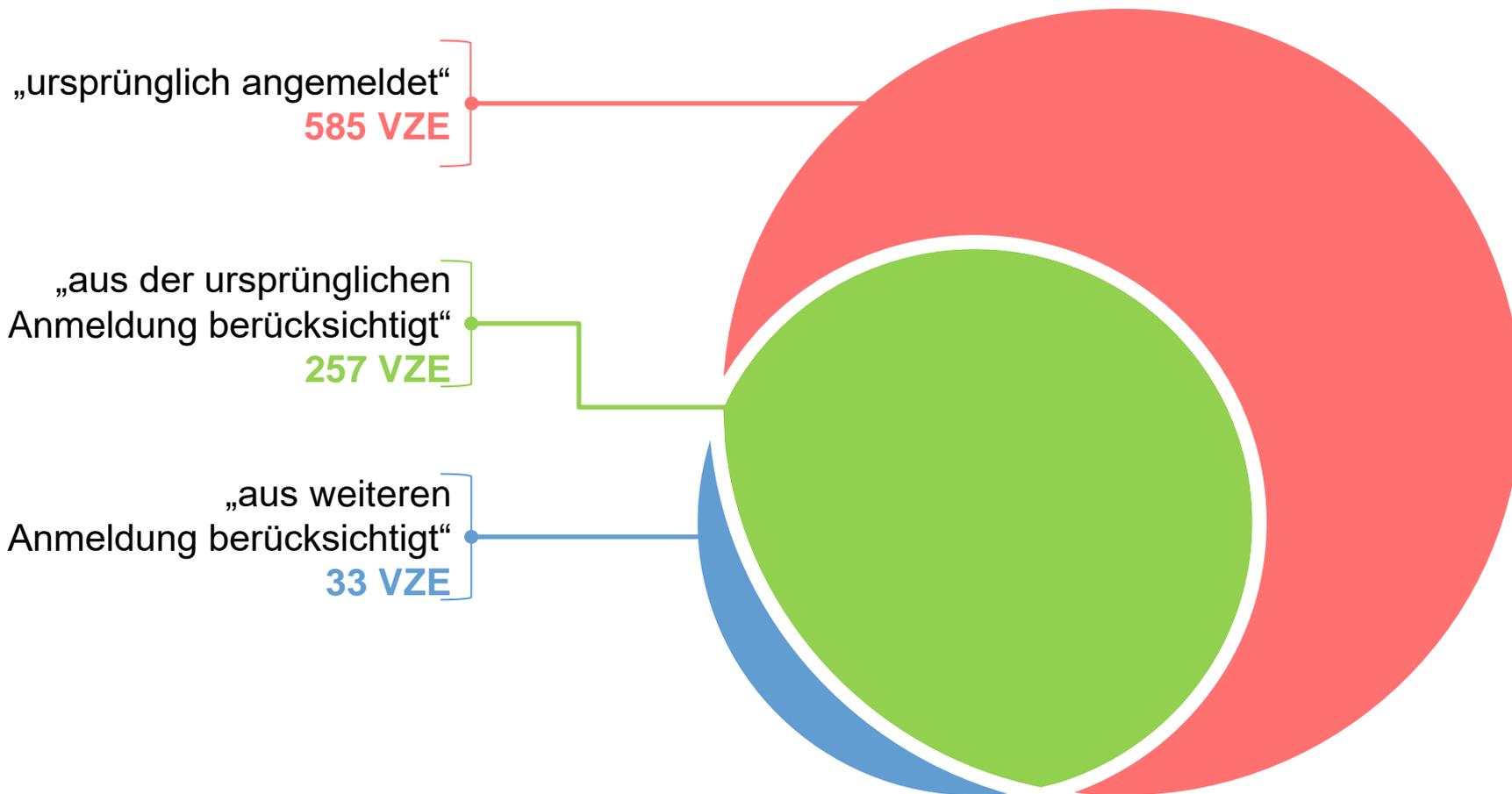
Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **in Vorbereitung auf den Haushalt 2023/2024 folgende Entscheidungsgrundlagen** zu schaffen:

- Es sollen die **bestehenden bzw. anstehenden Aufgaben der Verwaltung** aufgezeigt werden, die bei einer optimalen Stellenbesetzungsquote bis Ende 2024 **nicht bzw. nur unzureichend** erfüllt werden können. **Nr. 1 II der Vorlage**
- Die **Gründe** für die nicht leistbare Aufgabenerfüllung sollen benannt werden und unterschieden werden nach:
 - o **fehlenden Stellen, → Bezug Stellenplanung 2023/24: Aufwuchs 290 Stellen**
 - o fehlenden Stellenbesetzungen und
 - o anderen Gründen für die fehlenden Kapazitäten.
- Es sind **Maßnahmen** zu prüfen, wie die Aufgabenerfüllung bis Ende 2024 durch gesamtstädtische Umschichtungen in der Personalausstattung oder andere Lösungen für die **Schaffung notwendiger Kapazitäten** optimiert werden kann. **→ MV 22/SVV/0785 (September 2022)**

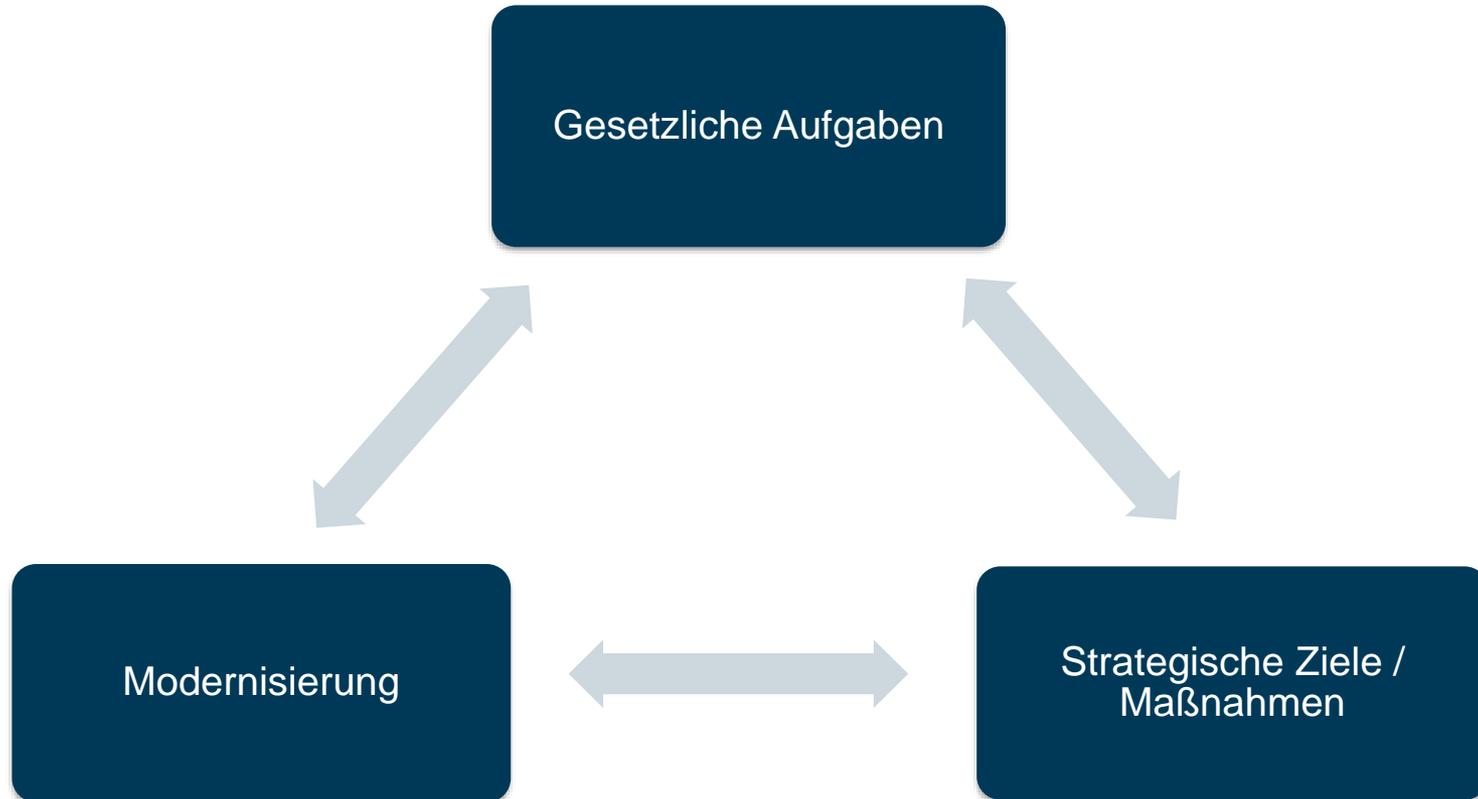


Anlage „Zusammenfassung Mehrbedarfe Stellen“



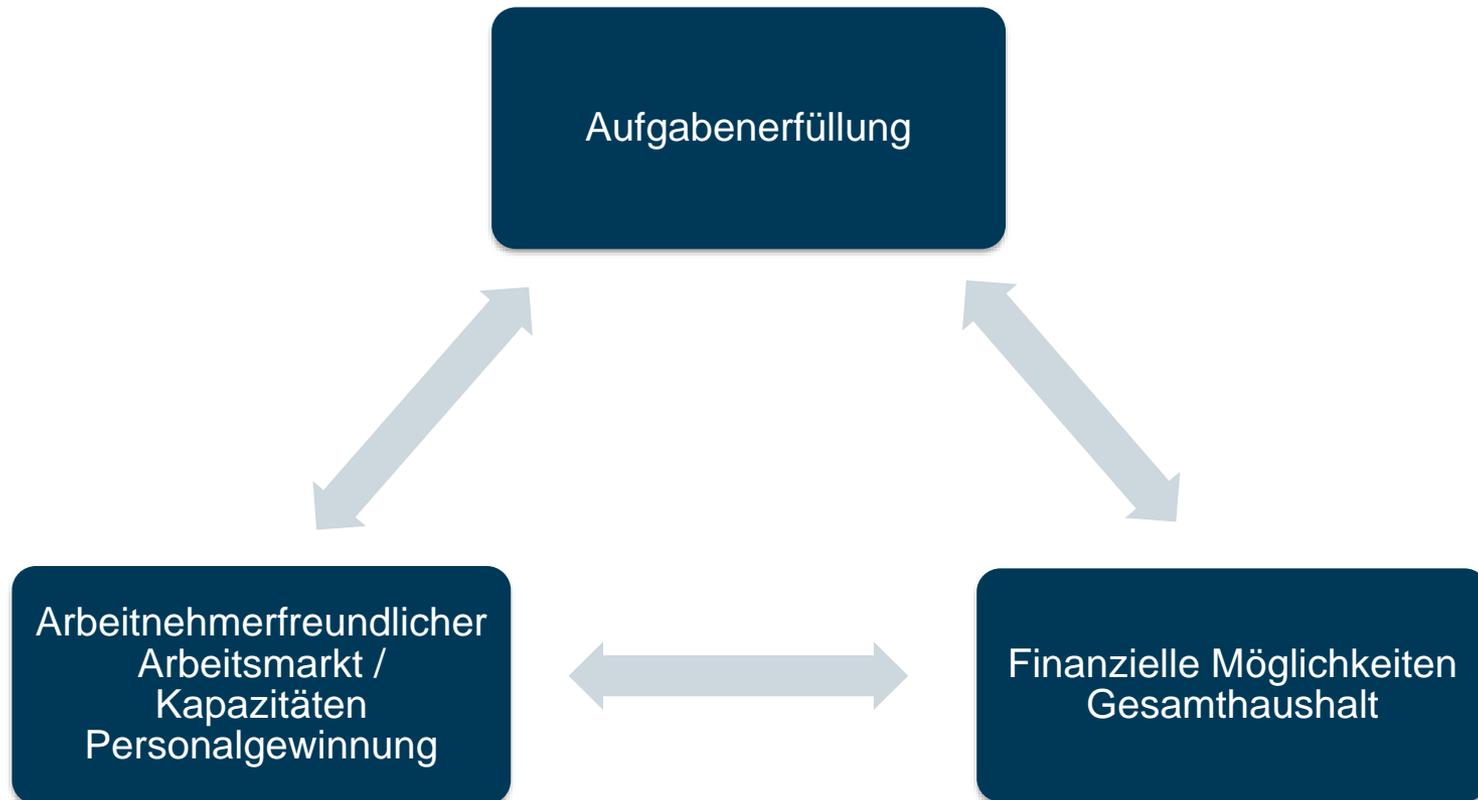
Stellenplanung 2023/24:

Prämissen der Stellenplanung - Aufgabenerfüllung



Stellenplanung 2023/24 I:

Prämissen der Stellenplanung - Herausforderungen





„Aufgabengerechte Personalausstattung“?

Verwaltungssicht auf Stellenplanung 2023/24

Pflichtige Aufgaben, die nicht hinreichend erfüllt werden können:

GB 2

Aufgabenbereich Schulträgeraufgaben (Produktbereich 21 – 24):

- 21100 Grundschule
- 24300 sonstige schulische Aufgaben
(Bau/Verpflegung/Beförderung/Sekretariate)

Aufgabenbereich Soziale Hilfen (Produktbereich 31 – 35):

- 34100 Unterhaltsvorschussleistungen
(Zahlbarmachung)

Aufgabenbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 36):

- 36320/36330/36340 Erziehung in der
Familie/Hilfe zur Erziehung/
Eingliederungshilfe/Abrechnung
wirtschaftliche Jugendhilfe)
- 36350 Amtsvormundschaft (Amtsvormund)
- 36501 Betreuung von Kindern kommunale
Träger (Schulen – Küchenpersonal)
- 36502 Betreuung von Kindern
(Kitafinanzierung)
- 36502 Betreuung von Kindern freie Trägere
(Fachberatung)
- 36600 Einrichtungen der
Jugendarbeit/Strategie der Jugendarbeit

GB 3

Aufgabenbereich Sicherheit und Ordnung (Produktbereich 12):

- 12201 Ordnungsangelegenheiten
(Kriminalprävention)
- 12202 Bürgerservice (Führerschein/Kfz-
Zulassung/Einbürgerung)
- 12205 Lebensmittelüberwachung
(Verbraucherschutz)
- 12206 Veterinäraufsicht (ab 2024)

Aufgabenbereich Soziale Hilfen (Produktbereich 31 – 35):

- 31120 Hilfe zur Pflege 7. Kap. SGB XXII
- 31200 Grundsicherung SGB II (soziale
Leistungen)
- 31300 Leistungen AsylbLG
- 35150 Sonstige soziale
Angelegenheiten Bund
(Betreuungsbehörde)

Aufgabenbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 36):

- 36343 Eingliederungshilfe für Kinder
und Jugendliche (Fallmanagement)

GB 4

Aufgabenbereich Räumliche Planung und Entwicklung (Produktbereich 51):

- 5110300 Stadträumliche IT und
Rechtsangelegenheiten
- 5110404 Stadträumliche Planung

Aufgabenbereich Bauen und Wohnen (Produktbereich 52):

- 5210000 Bauordnung

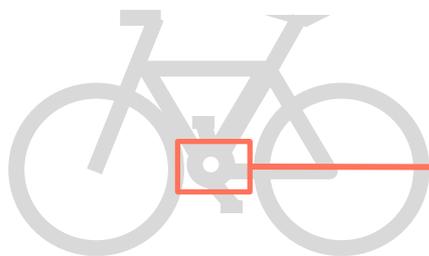
Aufgabenbereich Natur- und Landschaftspflege (Produktbereich 55):

- 5510000 Öffentliches
Grün/Landschaftsbau
- 5530100 Friedhofs- und
Bestattungswesen

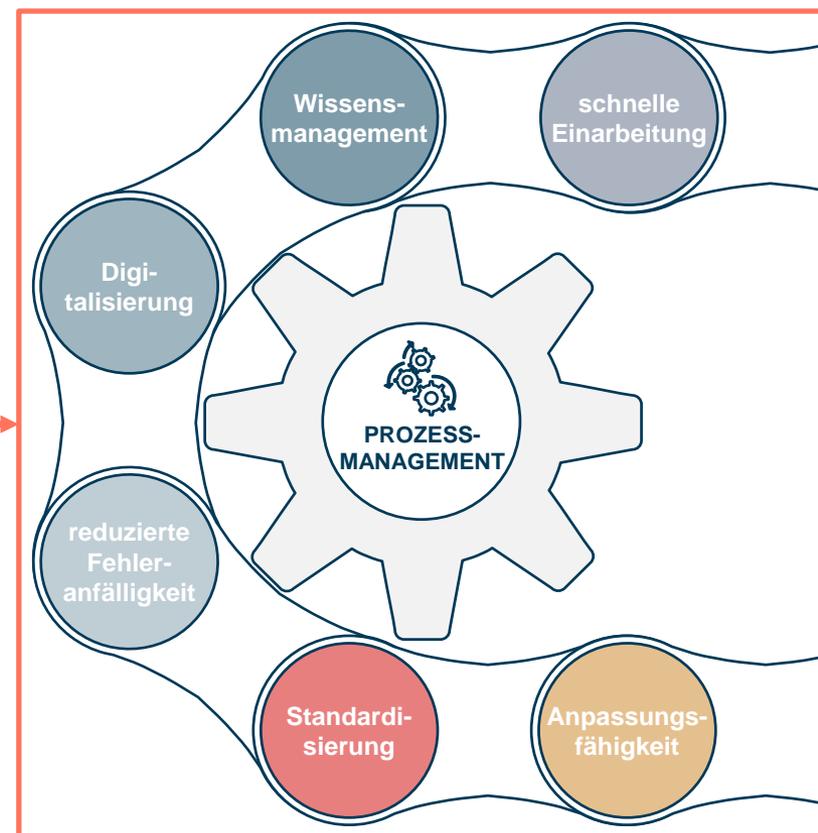
Aufgabenbereich Umweltschutz (Produktbereich 56):

- 5610000 Umweltschutzmaßnahmen
- 5610100 Klimaschutzmaßnahmen

Aufbau eines standardisierten Prozessmanagements als Werkzeug



Der Antrieb für die konsequente und nachhaltige Optimierung aller Arbeits- und Geschäftsprozesse hinsichtlich Effizienz, Effektivität, Qualität und Nutzerorientierung.



„Aufgabengerechte Personalausstattung“?

Ausblick Stellenplanung 2025/26





Fachbereich 38 Soziales und Inklusion

Fachbereich 23: AG Strategie, Bildung und Jugendhilfe

Kurzübersicht und Sachstand

„Poollösung zur Schulassistentenz“ - Modellprojekt in der LHP Potsdam

1. Ausgangslage und Handlungsanlass

Schüler*innen, denen das Lernen oder ein angemessenes soziales Verhalten aufgrund einer (drohenden) Behinderung schwerfällt, brauchen besondere Unterstützung dabei, ihre individuellen Potenziale zu entfalten und vom Bildungsangebot der Schule bestmöglich profitieren zu können. Leistungen der Eingliederungshilfe, darunter Leistungen zur Teilhabe an Bildung, sind ein wichtiger Baustein, um dies zu erreichen.

Die aktuelle Praxis der Gewährung und Umsetzung von Eingliederungshilfe nach den §§ 35a SGB VIII u. 112 SB IX sind mit einer Reihe von Herausforderungen und Problemlagen für alle Beteiligten verbunden. Daraus resultiert ein Veränderungsdruck, insbesondere aufgrund von:

- einer wachsenden Zahl von Schulassistenten
- aufwendigen, langwierigen Antrags- u. Bewilligungsverfahren
- fehlenden Rahmenbedingungen, um Kinder mit besonderen Bedarfen im Rahmen der Eingliederungshilfe einem multiprofessionellen Team an der Schule zu fördern
- fehlender personeller Kontinuität und Personalknappheit bei den Schulassistenten
- mehreren Erwachsenen in einer Klasse -> Stigmatisierungsgefahr und ineffizienter Ressourceneinsatz
- fehlenden Standards in der Leistungserbringung

Die kommunalen Ausgaben zur Eingliederungshilfe betragen im Jahr 2021:

im SGB IX: 2,1 Mio. €

im SGB VIII: 2,6 Mio. €

2. Ziel

Mit dem Modellprojekt wird diesen Herausforderungen durch eine Bündelung der Teilhabeleistungen und deren Einbettung in das schulische Förder- und Unterstützungssystem begegnet. Kernziel ist Chancen- und Bildungsgerechtigkeit für Kinder durch die Förderung und Weiterentwicklung von inklusiven Kulturen und Strukturen.

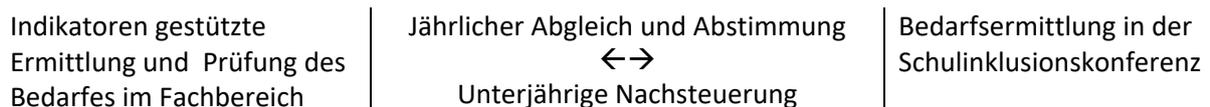
Das Modellprojekt hat folgende Teilziele:

- Schnell zugängliche Hilfen: Kinder erhalten sofort und ohne Elternantrag Zugang zu Unterstützungsleistungen (die individuell vollständige Bedarfsdeckung ist immer gewährleistet)
- Stärkung der Rahmenbedingungen in Schulen für die bedarfsgerechte, inklusive Förderung und Qualitätsentwicklung
- verlässliche Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte, gegenseitige Vertretbarkeit, Einbindung ins Team (Motivation) & Qualitätsentwicklung
- Verwaltungsvereinfachung für Verwaltung und Träger der Eingliederungshilfe
- Effektiverer Einsatz der Ressourcen für pflichtige Aufgaben

3. Konzept

In dem Modellprojekt werden die Eingliederungshilfen zur Teilhabe an Bildung (§ 112 SGB IX; § 35 a SGB VIII) zu einem infrastrukturellen **Personalpool am Schulstandort gebündelt**. Förmliche Antragsverfahren entfallen. Der Personalpool steht allen Schüler*innen mit Bedarfen zur Verfügung. Die Schulen verankern die Poollösung zur Schulassistenz als Teil des multiprofessionellen Teams in ihrem Schulprogramm und setzen ihre personellen Ressourcen im Sinne dieses Konzepts ein.

Für die Bedarfsermittlung wurde folgendes Verfahren definiert:



Bemessung der Gesamtzahl der Assistenzen an einer Schule

Jährliche Anzahl an ermittelten Assistenzstunden¹

Zusätzlich 5 % der ermittelten Assistenzstunden für unplanbare Bedarfe zur unterjährigen Nachsteuerung

Zusätzlich 10 % der ermittelten Assistenzstunden als zusätzliche Präventionsressource zur Förderung der inklusiven Schule²

¹ Ausgangspunkt zu Beginn des Modellprojektes ist die Anzahl von Assistenzstunden im Durchschnitt der letzten drei zurückliegenden Schuljahre.

² Die Verteilung der Präventionsressource bemisst sich nach der Gesamtschüleranzahl und der sozioökonomischen Belastungslage der Schulen.

4. Umsetzung

Die Entwicklung, Umsetzung und Begleitung erfolgt durch eine bereichs- und systemübergreifende Steuerungsgruppe unter Federführung des Fachbereich 38 Soziales und Inklusion. Das Modellprojekt wird in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel und mit fachlicher Unterstützung und Begleitung durch kobra.net entwickelt und umgesetzt. Eingebunden sind das LASV sowie nachrichtlich das MBS.

SVV Beschluss: 1. März 2023

Geplanter Projektstart: Schuljahr 2024/2025 – Laufzeit 3 Jahre

Modellschulen: Evangelische Grundschule Babelsberg / Montessori-Oberschule Potsdam West / Grundschule am Priesterweg

Evaluation & Begleitung: Begleitung der Modellschulen durch die Steuerungsgruppe + externe wissenschaftliche Evaluation

Nächste Prozessschritte:

- Auftaktveranstaltung mit den Modellschulen am 21.06.2023
- Erarbeitung der Vergabeunterlagen bis 08/23 unter Einbindung der Vergabestelle
- Erarbeitung Leistungsbeschreibung für die wissenschaftliche Evaluation und Prüfung der Anforderungen an die Beauftragung